

Ein Jahr häßlicher Kriegsarbeit.

7. VIII. 1915

II. *)

Eines der schwierigsten Probleme, auch in Friedenszeiten zu Zeiten außerordentlicher Teuerung schon als solches erkannt, bildet die Frage, in wie weit die Gemeinden die Lebensmittelversorgung der Bevölkerung zu regeln im Stande sind. In der Kriegszeit ist dasselbe aber nicht auf die Preisfrage und Maßnahmen zur Verbilligung der Lebensmittel für die unteren Schichten beschränkt geblieben, sondern auch zur Quantitätsfrage geworden, indem man dafür sorgen mußte, daß alle Hungerpläne der Feinde zu Schanden werden. Während zu Beginn des Kriegs dem Lebensmittelwucher entgegenzutreten war, hat späterhin eine Zeitlang die Sorge darüber, ob auf die Dauer genügend Lebensmittel vorhanden sein werden, überwogen. Die großen Städte befanden sich da in einer besonders schwierigen Lage; sie sind nicht nur vom Hinterland, sondern von viel weiteren Gebieten abhängig, und dann sind vor allem die Massen, um die es sich bei dem Lebensmittelbedarf handelt, so groß, daß alle Maßnahmen, wie Anläufe auf Vorrat zur Sicherstellung der Ernährung oder als Konkurrenzmittel zur Niedrighaltung der Preise, in gewissem Grad nur als Tropfen auf den heißen Stein erscheinen und als durchgreifende Mittel nicht crachtet werden können. Die Stadt trat in verschiedenen Fällen als Vermittlerin auf, leistete Bürgschaft für rechtzeitige Zahlung, verhandelte mit den großen Lebensmittelgeschäften, Einkaufsgenossenschaften, mit dem Konsumverein und den Metzgeren, um ohne Festsetzung von Höchstpreisen einer Verteuerung der Kleinhandelspreise entgegenzuwirken. Unter den kleinen Mitteln sind noch die Anpflanzung von Gemüse durch die Stadtkammer, das Sammeln von Eicheln im Stadtwald, der vermehrte Betrieb der städtischen Milchküche, die Organisation wegen Verwertung der Küchenabfälle zu nennen.

Einen durchschlagenden organisatorischen Erfolg auf dem Gebiet der Regelung der Lebensmittelversorgung im ganzen Reiche bildet anerkanntermaßen die Einführung der Brotkarte; sie ist in Frankfurt nicht überreift, aber noch vor dem allgemeinen Obligatorium wohl vorbereitet worden; man hat dabei versucht, den Einfluß der bürokratischen Schablone bei der Ausführung auf ein Minimum zu beschränken und einen Ausgleich in dem Bedarf der schwererarbeitenden Bevölkerung zu ermöglichen. Vorhergegangen waren die Verordnungen über die Mischung des zum Brot verwendeten Mehls und des Kartoffelzusatzes in einer den örtlichen Verhältnissen entsprechenden Weise und viele Bemühungen, die Versorgung mit Brot, Getreide und Mehl im Benehmen mit den Gewerbetreibenden so gut es ging zu regeln. Die große Lebensmittelkommission, die aus Vertretern der städtischen Körperschaften und Sachverständigen besteht, hat reiche Arbeit zu leisten gehabt. Die Durchführung der Bundesratsverordnung vom 25. Januar wegen Regelung des Verkehrs mit Brot, Getreide und Mehl geschieht nunmehr durch einen fünfgliedrigen Magistratsausschuß unter dem Vorstehe des Oberbürgermeisters. Die Brotverteilungsstelle besorgt die Verteilung der Brotscheine mit Hilfe von 25 Brotkommissionen; die Mehloverteilungsstelle hat die Verteilung des von der Reichsverteilungsstelle der Stadt zugewiesenen Mehles an die Verbraucher zu besorgen. Sie verwaltet die Mehlvorräte und führt alle Kontrollen. Zu bemerken ist noch, daß die Stadt gelegentlich in kleinen Aktionen verschiedene Anläufe betätigte, so den gegenwärtig im Gang befindlichen Kartoffelverkauf.

Manche Maßnahmen sind nachträglich wieder aufgehoben worden; in manchen Dingen, so bei Festsetzung der Höchstpreise für Kartoffeln, mußte schwankende Politik getrieben werden. Die Schuld trifft nicht die Städte, sondern die mangelnde Konsequenz in den allgemeinen Verordnungen, die versäumt haben, die Möglichkeit der Festsetzung von Höchstpreisen durch Verkaufszwang gegenüber den Produzenten zu gesetzlichen Preisen in ihrer Wirkung zu stützen. Manche Maßregeln wurden getroffen, auch dann wenn ihre Wirkung zweifelhaft war, nur weil die Verantwortung für ihre Unterlassung zu groß erschien. Man denke an die angeblich drohende Kartoffelnot, weil die Landwirtschaft einen großen Teil der Vorräte zur Aufzucht der Schweine verwendete, und die deshalb von der Regierung gemachte Auflage zum Anlauf großer Mengen von Dauerwaren, damit durch Schlachten der Schweine diesem Uebel gesteuert werde, an das Steigen der Preise durch die hierdurch bedingte außerordentliche Nachfrage, und an die spätere Bekanntgabe von dem Vorhandensein weit größerer Vorräte als die ursprüngliche Statistik vermuten ließ. Die aus allem resultierende Unsicherheit, für die schließlich niemand verantwortlich gemacht werden konnte — denn alle diese Maßnahmen hatten keine Vorgänge — und es fehlte die Erfahrung — hielten die Verwaltung unvorsichtig in Spannung und das Urteil über das zweckmäßigste Vorgehen war stets schwankend.

Seute noch beschäftigt uns mehr als je die Sorge, wie der fortgesetzten Steigerung der Lebensmittelpreise entgegengewirkt werden kann. Wir erinnern an die jüngsten im Benehmen mit den Nachbarstädten getroffenen erfolgreichen Maßnahmen der Stadt gegenüber der geplanten Erhöhung des Milchpreises; wir werden vielleicht auch den in einzelnen Städten bereits beschrittenen Weg gehen müssen, den Bezug von Gemüse und Kartoffeln für den Winter zu vermitteln. Je länger der Krieg dauert, desto dringender wird für die Stadt die Notwendigkeit, in die Organisation des Lebensmittelmarktes einzugreifen. Die Aufgabe steht im engen Zusammenhange mit der Fürsorge für die Kriegerfamilien; steigen die Preise weiter, so kann eine weitere Erhöhung der Unterstützungssätze nicht ausbleiben und man wird ernsthaft überlegen müssen, wie und in welchem Umfang durch die Gewährung eines Teiles der Unterstützung in Naturalien wirtschaftlicher vorgesorgt werden kann. Unter Umständen entwickelt sich hier im Laufe der nächsten Zeit noch ein weites Feld für die Tätigkeit der Gemeinde. Zunächst wird zwar die Wirkung der neuesten Bundesratsverordnung gegen den Lebensmittelwucher abzuwarten sein; inzwischen wird aber auch die Lebensmittelkommission nicht untätig bleiben. Warum gerade die Frage der Lebensmittelversorgung so verwickelt und schwierig ist, hängt mit vielen Momenten zusammen, deren Erörterung hier zu weit führen würde. Nur auf den einen Punkt wollen wir hinweisen: daß die Stadt und ihre Umgebung kein isoliertes Wirtschaftsgebiet ist und alle einseitigen Maßnahmen verfehlt wären.

Im ersten Kriegsjahr hat sich der Magistrat von der Stadtverordneten-Versammlung zur Bestreitung der Ausgaben für Familienunterstützungen, zum Anlauf von Schweinen und Dauerwaren und anderer Lebensmittel als Betriebsfonds für die Geschäfte der ständigen Mehloverteilungsstelle, d. h. zur Regelung des Verkaufes mit Brot, Getreide und Mehl einen Gesamtkredit von elfundeinhalb Millionen Mark bewilligen lassen. Aus ihm sind mit Zustimmung der gemischten Kriegskommission im Einzelfall vorläufig auch die Ausgaben für die Einrichtungen im Interesse der Verwundetenpflege, für die Barunterstützungen Arbeitsloser, für die Notstandsarbeiten für Frauen und Beschäftigung jugendlicher Personen, für Darlehen aus der städtischen Hilfskasse, für die Beisteuern zu den Sammlungen für Ostpreußen, Elsaß-Lothringen und für die Unterstützung von Flüchtlingen, für Liebesgaben an die Frankfurter Truppen, Weihnachts- und Gedenkurgspende, sowie zahlreiche Unterstützungen an Vereine, die während des Kriegs besondere Aufgaben zu erfüllen haben, bestritten worden. Welche finanziellen Lasten sonst der Gemeinde erwachsen, gehört nicht hierher.

Wir treten in das zweite Kriegsjahr opferfreudig ein mit dem Bewußtsein, daß die Gemeindeverwaltung und die Vertretung der Bürgerschaft und jeder einzelne, der zuhause geblieben ist, je nach seinem Können seine Pflicht getan hat und wir guten Mutes an die weitere Arbeit gehen dürfen. Sie widelt sich naturgemäß um so leichter ab, je günstiger die Nachrichten von unseren braven Truppen lauten.

—r.